

Antrag U-4**Jusos Bezirk Hannover****Energiewende in öffentliche Hand**

1 Wir fordern eine öffentliche Investitionsstrategie in
2 und den öffentlichen Betrieb von Windenergieanla-
3 gen!

4 Die Klimakatastrophe ist nicht nur ein Problem un-
5 seres auf fossilen Brennstoffen basierenden techni-
6 schen Fortschritts, sondern eine wesentliche Folge
7 der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die not-
8 wendige Dekarbonisierung besonders im Bereich
9 der Energiewirtschaft muss deshalb mit einer we-
10 sentlichen Veränderung der Eigentumsstrukturen
11 einhergehen. Privatwirtschaftlich organisierte Ener-
12 gieunternehmen werden den Ausbau der erneuer-
13 baren Energien nur unter großer öffentlich finan-
14 zierter Förderung vorantreiben und die produzier-
15 te Energie (insb. Strom) nur zu hohen Preisen an
16 die Verbraucher*innen abgeben, um ihren Gewinn
17 damit zu sichern. Beides belastet die öffentlichen
18 Haushalte und die Verbraucher*innen und bremst
19 den dringend notwendigen Ausbau der erneuerba-
20 ren Energien.

21 Die problematische Situation verschärft sich da-
22 durch, dass der Energieproduktionssektor durch we-
23 nige Konzerne dominiert wird. Der Versuch, durch
24 Verteuerung der konventionellen Stromerzeugung
25 (CO2-Preis) und Förderung der nachhaltigen Strom-
26 erzeugung (EEG-Umlage) im Rahmen der privatwirt-
27 schaftlichen Organisation der Stromproduktion ei-
28 ne Energiewende zu erreichen, hat bisher nicht aus-
29 reichend Erfolge verzeichnet und zu einer Verteue-
30 rung des Stroms beigetragen, die vor allem Gering-
31 verdiener*innen trifft. Große wirtschaftliche Trans-
32 formationen wie die Energiewende bedürfen da-
33 her einer aktiven Rolle des Staates, da nur so aus-
34 reichende Investitionen in einen schnellen Ausbau
35 getätigt werden können und die Energieprodukti-
36 on unter demokratische Kontrolle gebracht werden
37 kann. Es sollen besonders die nachhaltigen Techno-
38 logien gefördert werden, von denen eine möglichst
39 konstante Energieproduktion und minimale negati-
40 ve Auswirkungen auf Umwelt und Bevölkerung an-
41 zunehmen ist.

42 Wir fordern deshalb:

- 43 • Die Gründung einer staatlichen Energiegesell-
44 schaft. Neben dem Bund sollen die Länder

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Kein Konsens)**

Privatwirtschaftlich organisierte Energieunterneh-
men werden den Ausbau der erneuerbaren Energi-
en nur unter großer öffentlich finanzierter Förde-
rung vorantreiben und die produzierte Energie (insb.
Strom) nur zu hohen Preisen an die Verbraucher*in-
nen abgeben, um ihren Gewinn damit zu sichern.
Beides belastet die öffentlichen Haushalte und die
Verbraucher*innen und bremst den dringend not-
wendigen Ausbau der erneuerbaren Energien.

Die problematische Situation verschärft sich da-
durch, dass der Energieproduktionssektor durch we-
nige Konzerne dominiert wird. Der Versuch, durch
Verteuerung der konventionellen Stromerzeugung
(CO2-Preis) und Förderung der nachhaltigen Strom-
erzeugung (EEG-Umlage) im Rahmen der privatwirt-
schaftlichen Organisation der Stromproduktion ei-
ne Energiewende zu erreichen, hat bisher nicht aus-
reichend Erfolge verzeichnet und zu einer Verteue-
rung des Stroms beigetragen, die vor allem Gering-
verdiener*innen trifft.

Große wirtschaftliche Transformationen wie die En-
ergiewende bedürfen daher einer aktiven Rolle des
Staates, da nur so ausreichende Investitionen in ei-
nen schnellen Ausbau getätigt werden können und
die Energieproduktion unter demokratische Kon-
trolle gebracht werden kann. Es sollen besonders die
nachhaltigen Technologien gefördert werden, von
denen eine möglichst konstante Energieproduktion
und minimale negative Auswirkungen auf Umwelt
und Bevölkerung anzunehmen ist.

Wir fordern deshalb eine öffentliche Investitions-
strategie in und den öffentlichen Betrieb von Win-
denergieanlagen, die von der Bevölkerung akzeptiert
sind. Diese Akzeptanz kann nur durch partizipative
Ansätze erreicht werden.

Wir fordern deshalb weiter:

- Die Gründung einer staatlichen Energieförder-
gesellschaft. Neben dem Bund sollen die Län-
der und Kommunen Miteigentümer*in sein.
- Die Förderung des massiven Ausbaus der
Windenergie durch diese staatliche Energie-
fördergesellschaft, die Flächenplanung der
Bundesländer und die Abstandsregelungen
der Bundesregierung sollen den Bau von mehr

- 45 und Kommunen Miteigentümer*in sein.
- 46 • Den massiven Ausbau der Windenergie durch
- 47 diese staatliche Energiegesellschaft, die Flä-
- 48 chenplanung der Bundesländer und die Ab-
- 49 standsregelungen der Bundesregierung sollen
- 50 den Bau von mehr Windkraftanlagen an Land
- 51 ermöglichen.“
- 52 • Förderung von Forschung und Entwicklung
- 53 zu vielfältigen, nachhaltigen Energieprodukti-
- 54 onsmethoden.
- 55 • Den sukzessiven Aufkauf des Stromnetzes
- 56 durch die staatliche Energiegesellschaft, um
- 57 die Netzdominanz von wenigen Energiekon-
- 58 zernen zu brechen.
- 59 • Eine kostendeckende, aber unterhalb des
- 60 Marktpreises liegende Abgabe von Ökostrom
- 61 durch die staatliche Energiegesellschaft,
- 62 um so den Marktanteil privater Energiekon-
- 63 zerne stückweise zu reduzieren und damit
- 64 gleichzeitig die Strompreise niedrig zu halten.
- 65 • Die öffentliche Förderung durch Kredite und
- 66 Fördergelder von genossenschaftlich organi-
- 67 sierter nachhaltiger Stromproduktion.

Windkraftanlagen an Land ermöglichen.

- Förderung von Forschung und Entwicklung zu vielfältigen, nachhaltigen Energieproduktionsmethoden.
- Den sukzessiven Aufkauf des Stromnetzes durch die staatliche Energiefördergesellschaft, um die Netzdominanz von wenigen Energiekonzernen zu brechen.
- Eine kostendeckende, aber unterhalb des Marktpreises liegende Abgabe von Ökostrom durch die staatliche Energiegesellschaft, um so den Marktanteil privater Energiekonzerne stückweise zu reduzieren und damit gleichzeitig die Strompreise niedrig zu halten.
- Die öffentliche Förderung durch Kredite und Fördergelder von genossenschaftlich organisierter nachhaltiger Stromproduktion.

Adressat:

Bundestagsfraktion